

Gewerkschaftsforum Hannover:

Das Barizentrum der Weltwirtschaft verlagert sich zunehmend nach Asien und insbesondere nach Ost- und Südostasien. In der Regel steht dabei die Volksrepublik China im Rampenlicht, zuweilen auch Korea, Vietnam oder – in geringerem Umfang – das „altehrwürdige“ Japan. Zumeist übersehen wird Taiwan bzw. die „Republik China“, wie sich der von Chiang Kai-sheks Kuomintang (KMT) nach ihrer Niederlage gegen Maos Rote Armee geschaffene Staat sich selbst nennt. Trotz seiner relativen diplomatischen Isolation und einer mit rund 23 Millionen Einwohnern gegenüber der VR China verschwindend geringen Bevölkerung ist das ehemalige „Formosa“ wirtschaftlich höchst aktiv und dank eines beachtlichen Kapitalexports auch eine nicht zu unterschätzende imperialistische Macht. Zumal seit der Wahl des neuen Präsidenten Ma Ying-jeou „*Tauwetter*“ eingesetzt hat, was die einheimische Bourgeoisie auf neue Chancen zur Profitmaximierung hoffen lässt, denn seit Deng Xiaoping Anfang der 80er Jahre das „rote China“ auf den Weg zur kapitalistischen Marktwirtschaft schickte, gibt es eine immer umfangreichere ökonomische Grundlage für den „Wandel durch Annäherung“. Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der taiwanesischen Seite dieses „Wandels“.

Eine aus Platzgründen gekürzte Version (5.087 Zeichen) erschien in der „**jungen Welt**“ vom **19.7.2008**. Wir freuen uns hier die komplette Ursprungsfassung (6.305 Zeichen) präsentieren zu können.

Profitables Tauwetter

Wachstumsschub für Taiwan. Einheimisches Kapital drängt auf Öffnung gegenüber China

Waldemar Bolze

Während die meisten anderen Ökonomien infolge der weltweiten Finanzkrise mit sinkenden Wachstumsraten zu kämpfen haben, erlebt Taiwan überraschende Wachstumssprünge. Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat die Volkswirtschaft der sich selbst „Republik China“ nennenden Insel mit 6,1% gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker zugelegt als von internationalen Beobachtern und der eigenen Regierung erwartet. Hauptgrund für diese Sonderkonjunktur ist der anhaltende Boom auf dem chinesischen Festland. So verzeichneten die taiwanesischen Ausfuhren im Mai einen Anstieg um 20,5% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Importe wuchsen mit 17,6% etwas langsamer, womit sich der kontinuierliche Anstieg des Außenhandelsüberschusses in den letzten Jahren weiter fortsetzte. Das Plus erhöhte sich von 15,8 Milliarden US-Dollar 2005 auf 27,4 Mrd.\$ im letzten Jahr. Überdurchschnittlich stark stiegen dabei die Exporte nach China, Hongkong, Südostasien und aktuell auch Indien, während der Handel mit Europa eher bescheidene Ausmaße behielt.

Insgesamt gehen 40,7% der taiwanesischen Exporte in die VR China bzw. die Sonderverwaltungsregion Hongkong und nur noch 13,0% in die USA bzw. 6,5% nach

Japan. Bei den Lieferländern steht umgekehrt Japan mit 21,0% an der Spitze, gefolgt von der VR China (12,8%), den USA (12,1%) und Südkorea (6,9%). Den Großteil der Ausfuhr Güter bilden Elektronik (29,2%), Elektro-, Mess- und Regeltechnik (17,1%) sowie chemische Erzeugnisse (19,2%). Europäische Analysten sehen in diesen Zahlen „ein weiteres Indiz dafür, dass es im innerasiatischen Handel erhebliches Wachstumspotenzial gibt“, wenngleich noch ungewiss sei, „wie nachhaltig Asien von einem konjunkturellen Abschwung in den USA im Gefolge der Subprime-Krise betroffen sein wird“ („Neue Zürcher Zeitung“ 9.7.2008).

Ebenso wie die eigenstaatliche Existenz der Inselrepublik, die 1949 zur letzten Zufluchtsstätte der von der chinesischen Roten Armee geschlagenen Kuomintang-Truppen Chiang Kai-sheks wurde, ist auch die gegenwärtige Sonderkonjunktur im Wesentlichen (geo)politisch motiviert. Nachdem die im März zu Ende gegangene, achtjährige Präsidentschaft Chen Shui-bians zu zahlreichen Spannungen mit der VR China führte, hat der neu gewählte KMT-Präsident Ma Ying-jeou bereits im Wahlkampf deutlich gemacht, dass er eine markante Verbesserung der Beziehungen zum Festland anstrebt. Damit entsprach er weit verbreiteten Wünschen des Insel-Kapitals, das nicht viel vom Konfrontationskurs seines Amtsvorgängers gehalten hatte. Die Pekinger Führung hat die Signale aus Taipeh sofort aufgegriffen und die bilateralen Kontakte intensiviert. Nicht nur humanitären Charakter besitzt dabei die Aufnahme eines regulären Flugverkehrs zwischen beiden Ländern sowie die Verdreifachung der „rotchinesischen“ Besucherzahl auf 3.000 pro Tag durch die KMT-Regierung. Aufgrund der vielfältigen familiären Verbindungen ist vielmehr mit einem wahren Tourismus-Boom auf der Insel zu rechnen. Außerdem bildet das Fehlen direkter Handels- und Verkehrsverbindungen bei den immer enger werdenden wirtschaftlichen Beziehungen für das taiwanische Kapital einen nicht zu unterschätzenden Kostenfaktor.

Anders als früher quält die einheimische Bourgeoisie weniger die Angst vor der „roten Bedrohung“ als vielmehr die Furcht vor ungenutzten Chancen zur Kapitalakkumulation. Zu den vorrangigen Projekten des neuen Präsidenten und seines Kabinetts gehört denn auch die Intensivierung der Investitionstätigkeit. Das betrifft sowohl taiwanische Investitionen in der Volksrepublik als auch ausländische Anlagen auf Taiwan. Bis heute gilt für das Insel-Kapital, aus Angst vor Enteignungen, die Auflage, dass nicht mehr als 40% des Nettowertes in der VR investiert werden dürfen. Aufgrund der sehr regen und auch recht erfolgreichen Investitionstätigkeit dort haben viele Firmen dieses Limit längst erreicht. Sie profitieren dabei nicht nur vom immensen Markt der Volksrepublik mit einer Milliarde Konsumenten (d.h. doppelt so viel wie der EU-Binnenmarkt!), sondern auch von den sehr niedrigen Löhnen. Zwar sind auch die Lohnabhängigen in Taiwan mit einem dem portugiesischen Niveau entsprechenden Durchschnittslohn von umgerechnet rund 1.000 Euro im Monat nicht auf Rosen gebettet, doch werden auf dem Festland im Schnitt (in den Städten!) nur 190 Euro monatlich gezahlt. Im weiter südlich gelegenen Vietnam, einem anderen bevorzugten Investitionsziel, sind es sogar noch weniger.

Zu erhöhter Erwerbslosigkeit unter den 23 Millionen Taiwanern führt das bislang nicht. Die Arbeitslosenrate lag 2007 bei 3,9%. Dennoch wird auch in der „Republik China“ seit Jahren ganz offen über eine grassierende „neue Armut“ gesprochen, die „eine Folge der Globalisierung“ sei. Kein Wunder, im letzten Jahr betrug die Einkünfte der reichsten Taiwaner (Jahreseinkommen von mehr als 10 Millionen Taiwan-Dollar / ca. 200.000 Euro) im Durchschnitt das Hundertfache des Wertes der

Ärmsten (Jahreseinkommen unter 370.000 TWD / ca. 7.900 €). Das ist nicht nur deutlich mehr als in der EU, sondern auch für Taiwan ein Allzeithoch. Noch in den 90er Jahren lag das Gefälle zwischen Armen und Reichen beim Faktor 45. In den letzten zehn Jahren ist das „*verfügbare Einkommen*“ der reichsten Taiwaner um 8,1% gestiegen, das der Ärmsten hingegen um 2,6% gesunken.

Zu tun hat das auch mit den sehr eingeschränkten Möglichkeiten der Lohnabhängigen ihre Interessen zu vertreten. Das Streikrecht und die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit unterliegen starken Beschränkungen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB / ITUC) stellte in seinem Jahresbericht 2007 dazu fest: *„Die Organisation legaler Streiks ist schwierig und die Beschäftigten beklagen sich darüber, dass ihre Möglichkeiten, Druck bei Tarifverhandlungen auszuüben, dadurch erheblich untergraben werden.“* Daher waren *„viele Arbeitgeber häufig nicht bereit, mit den Gewerkschaften über Tarifverträge oder andere Arbeitsfragen zu diskutieren, und zahlreiche Betriebe nahmen schnell Aussperrungen oder Entlassungen aufgrund von Gewerkschaftsaktivitäten vor. Für die Diskriminierung von Gewerkschaftsführern sind keine gesetzlichen Strafen vorgesehen.“* Eine Öffnung ist in diesem Bereich wohl nicht zu erwarten.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de